

## **Deutsche Wirtschaft 1981/82**

Zunächst weiter Stagnation und noch wachsende Arbeitslosigkeit - aber Hoffnung für das 2. Halbjahr 1982

---

Günter Pehl, geboren 1923 in Stettin, studierte Volkswirtschaft; 1952 wurde er Referent für finanz- und steuerpolitische Fragen im Wirtschaftswissenschaftlichen Institut (WWI) der Gewerkschaften. Er ist verantwortlicher Redakteur der DGB-Funktionärszeitschrift „Die Quelle“ und seit langem Mitarbeiter der Gewerkschaftlichen Monatshefte; zuletzt schrieb er in Heft 2/80,

Zum Jahreswechsel 1981/82 befand sich die Wirtschaft der Bundesrepublik in einer bereits lang anhaltenden Phase der Stagnation, des wirtschaftlichen Stillstands. Verglichen mit 1980 gingen 1981 Produktion und Beschäftigung sogar zurück. Von jedem der Ziele der Wirtschaftspolitik, wie sie im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz festgelegt sind, waren wir 1981 weit entfernt: Die Arbeitslosigkeit nahm gegenüber 1980 um 43 Prozent zu und überstieg Ende Dezember 1981 leicht die 1,7-Millionen-Marke. Dennoch stiegen die Preise wie seit längerem nicht mehr; die Lebenshaltung war in der zweiten Jahreshälfte um mehr als 6 Prozent teurer als vor

Jahresfrist. Schließlich mußten wir ein Defizit in unserer (außenwirtschaftlichen) Leistungsbilanz hinnehmen, das mit etwa 24 Mrd. DM nur um einige Milliarden Mark unter dem Ergebnis von 1980 lag.

Schließlich kann von einem „stetigen und angemessenen Wirtschaftswachstum“, wie es in § 1 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes gefordert wird, überhaupt keine Rede sein. Das Sozialprodukt war vielmehr um fast 0,5 Prozent niedriger als 1980. Wir erleben zur Zeit, was „Null-Wachstum“ in Wirklichkeit bedeutet. Es ist noch gar nicht so lange her, daß „Null-Wachstum“ von bestimmten politischen Gruppierungen und einzelnen Politikern gefordert wurde und daß derjenige, der für ein stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum eintrat, als „Wachstumsfetischist“ diffamiert wurde. Heute zeigt sich, wie notwendig (im wahren Wortsinn) ein ausreichendes Wirtschaftswachstum ist.

### Ein schweres 1. Halbjahr 1982-allmähliche Besserung im 2. Halbjahr

Der Bundesrepublik steht wirtschaftlich ein harter Winter und ein schweres erstes Halbjahr 1982 bevor. Die Beschäftigung wird zunächst noch weiter zurückgehen und die Zahl der Arbeitslosen kann nahe an zwei Millionen herankommen. Erst im Laufe der zweiten Jahreshälfte ist, so sagen es die Wirtschaftsforscher voraus, eine allmähliche wirtschaftliche Erholung zu erwarten. Die vergleichsweise vorsichtigere - aber wohl auch wirklichkeitsnähere - Prognose des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung rechnet erst für das 2. Halbjahr 1982 mit einer Zunahme des realen Sozialprodukts um 1 Prozent und für das ganze Jahr 1982 mit einem Wachstum von 0,5 Prozent. Das ist viel zu wenig, um die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Im Gegenteil: Da die Produktivität — die Produktion je Erwerbstätigenstunde — 1982 erheblich stärker als das Sozialprodukt steigen wird, nimmt die Arbeitslosenzahl weiter zu. Der Sachverständigenrat rechnet im Durchschnitt des Jahres 1982 mit rund 1,65 Millionen Arbeitslosen. Das wären fast 400000 mehr als 1981 und eine dreiviertel Million mehr als 1980. Der Preisauftrieb wird - gemessen an den Verbraucherpreisen - zunächst noch etwa in gleicher Stärke wie im 2. Halbjahr 1981 andauern, in der zweiten Jahreshälfte aber nachlassen. Für das ganze Jahr 1982 schätzt der Sachverständigenrat einen Anstieg der Verbraucherpreise um etwa 5,5 Prozent voraus.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Zahlenangaben über Produktion, Beschäftigung, Auftragseingänge und Außenhandel lagen bei Abfassung dieses Berichtes (Mitte Dezember) noch nicht für das ganze Jahr 1981 vor. Sie mußten zum Teil geschätzt werden. Dabei wurden folgende Prognosen und Gutachten zugrunde gelegt: „Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1981“, Gemeinschaftsgutachten von fünf Wirtschaftsforschungsinstituten, zitiert nach Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 29.10.1981; Jahresgutachten 1981/82 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Bundestagsdrucksache 9/1061; „Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1981/82“, Mitteilungen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB, H. 11/1981. An einigen Stellen des Berichtes konnten erste vorläufige Ergebnisse der vom Statistischen Bundesamt vorgenommenen Sozialproduktsberechnung, die während der Druckarbeiten Anfang Januar bekannt wurden, eingefügt werden.

## Die Beschäftigungskrise ist weltweit

Konservative Publizisten und Politiker - leider aber auch die Opposition im Bundestag - versuchen, dem Volk einzureden, daß die gegenwärtige Beschäftigungskrise hauptsächlich Folge einer angeblich verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung sowie einer, wie behauptet wird, „überzogenen“ gewerkschaftlichen Lohnpolitik sei. Dies ist nicht wahr, wie sich leicht bei einem Blick über die Grenzen feststellen läßt. Denn gleich, ob die Regierungen konservativ, liberal, sozial-liberal oder sozialistisch sind, überall in der westlichen Welt gibt es Stagnation, hohe Arbeitslosigkeit und Inflation; nur Japan ist etwas besser dran. Die Wirtschaftskrise ist weltweit. Auch die Staaten des Ostblocks sind von ihr erfaßt; dort zeigt sie sich systembedingt vor allem in Form von Versorgungsmängeln. Im internationalen Vergleich steht die Bundesrepublik sogar mit am besten da.

## Zweite Ölpreisexplosion als Hauptursache der weltweiten Wirtschaftskrise

Die Hauptursache für die derzeitige weltweite Wirtschaftskrise ist in der zweiten großen Ölpreisexplosion von 1979/80 zu sehen. Schon die erste extreme Steigerung der Ölpreise in den Jahren 1973/74 führte zu der vorangegangenen weltweiten Wirtschaftskrise Mitte der siebziger Jahre. Von Ende 1978 bis Anfang 1981 stieg der Ölpreis auf das zweieinhalbfache. Trotz erheblicher Einsparungen an Energie mußte die Bundesrepublik 1981 rund 75 Mrd. DM mehr für Energieeinfuhren (Erdöl und Erdgas) ausgeben. Dieses Defizit in der Energiehandelsbilanz machte 1981 knapp 5 Prozent des Bruttosozialprodukts aus. Fast ein Fünftel der Ausfuhr wurden zur Bezahlung der Netto-Energieeinfuhren benötigt. 1978 betrug ihr Anteil am Bruttosozialprodukt erst 2,4 Prozent und 1972 sogar nur ein Prozent.

Ebenso wie der Bundesrepublik ging es den meisten Industrieländern. Die Folge war eine Kette von extrem steigenden Einfuhrpreisen (auch andere Rohstoffe als Öl verteuerten sich erheblich) und höheren Lebenshaltungskosten, höheren oder (wie bei uns) erstmals auftretenden Defiziten in der Handels- und Leistungsbilanz, staatlichen Sparmaßnahmen, restriktiver Geldpolitik, Nachfrage- und Beschäftigungsrückgang sowie schrumpfendem Welthandel. Preisbereinigt (real) ging der Welthandel 1981 um 1 bis 2 Prozent zurück.

## Extrem hohe Zinssätze und restriktive Wirtschaftspolitik verschärfen die Krise

Die durch die Ölpreisexplosion verursachte weltweite Rezession wurde - neben nachfragebeschränkender (restriktiver) Wirtschaftspolitik — insbesondere durch extrem hohe Zinssätze in wichtigen Industrieländern, vor allem in den USA, zur Weltwirtschaftskrise verschärft. Hohe Inflationsraten zwischen 12 und 15 Prozent, teilweise sogar um 20 Prozent (Großbritannien, Italien) einerseits und ihre Be-

kämpfung durch die Notenbanken (durch Heraufsetzung der Diskont- und Lombardsätze und andere Maßnahmen zur Verknappung des Geldes) andererseits, führten gleichermaßen zu exorbitanten Zinssätzen in den USA, aber auch auf dem Euro-Dollar-Markt oder etwa in Paris, die zwischen 15 und 20 Prozent für Tages- und Monatsgeld liegen. Die Zinsen für Wertpapiere stiegen ebenfalls in schwindelnde Höhen. Hinter diesen Zinssätzen blieb die Bundesrepublik weit zurück, obwohl auch hier das Zinsniveau (mit Sätzen von über 10 vH für längerfristige Kredite und Geldmarktsätzen zwischen 10 und 13 vH) für deutsche Verhältnisse extrem hoch war.

Diese starke Differenz im Zinsniveau zwischen der Bundesrepublik und den USA, aber auch anderen westlichen Ländern, hat die westdeutsche Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1981 erheblich beeinflußt: Erstens bevorzugten Anleger auf den internationalen Finanzmärkten die Wertpapiere mit den weit höheren Zinssätzen im Ausland. Es kam also weniger privates Kapital in die Bundesrepublik, vielmehr floß insgesamt Kapital ab, zumal die niedrigen Zinssätze Ausländer lockten, sich in der Bundesrepublik zu verschulden. Das in unserer Leistungsbilanz infolge der Ölpreisexplosion entstandene Loch wurde dadurch noch größer.

Hohe Abwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar.

Dieses Defizit in der Leistungsbilanz und die Zinsdifferenz zum Ausland waren (zweitens) wesentliche Ursachen für die Schwäche der D-Mark 1980/81, vor allem gegenüber dem Dollar. Hinzu kam freilich die zunächst äußerst positive Bewertung des Regierungsantritts Ronald Reagans in den USA und seines beabsichtigten radikalen Kurswechsels in der Wirtschaftspolitik durch die Anleger auf den internationalen Finanzmärkten. Jedenfalls stieg der Dollar im Verhältnis zur D-Mark von seinem historischen Tiefstand Anfang 1980 von 1,70 DM bis auf über 2,50 DM im August 1981 an; seitdem ist sein Wert wieder auf etwa 2,25 DM zurückgegangen. Vom Sommer 1980 bis zum Sommer 1981 hat sich die D-Mark gegenüber dem Dollar um etwa ein Viertel abgewertet. Immerhin spielt der Wechselkurs DM/Dollar bei einem großen Teil unserer Einfuhren eine Rolle. So ist es nicht erstaunlich, daß die Einfuhrpreise im August 1981 noch um ein Fünftel höher waren als ein Jahr zuvor; seitdem schwächt sich der Preisanstieg wieder ab.

Die Kapitalabflüsse ins Ausland und — mehr noch — die Schwäche der D-Mark veranlaßte die Bundesbank im Februar 1981, ihre restriktive, Geld verknappende und verteuernde Politik nochmals zu verschärfen. Sie stellte den "normalen" Lombardkredit zu einem Satz von 9 Prozent völlig ein; seitdem konnten sich die Banken Geldmittel von der Bundesbank nur noch durch einen Sonderlombardkredit zu einem Satz von 12 Prozent beschaffen, der aber, je nach der monetären Entwicklung, nicht jeden Tag gegeben zu werden braucht. Inzwischen wurde der Sonderlombard-

satz Anfang Oktober auf 11 Prozent und Anfang Dezember auf 10,5 Prozent gesenkt.

### Seit dem Herbst wieder tendenzielle D-Mark-Aufwertung

Diese Hochzinspolitik der Bundesbank hat zu einer Wende in der Entwicklung der Wechselkurse geführt. Die D-Mark hat sich seit August 1981 gegenüber dem Dollar gut erholt. Sie wurde Anfang Oktober im Rahmen des Europäischen Währungssystems um 5,5 Prozent - bei gleichzeitiger Abwertung des französischen Francs und der italienischen Lira um 3 Prozent - aufgewertet. Anfang Dezember 1981 wurde die D-Mark im Vergleich zu Ende August gegenüber dem Dollar um 9,4 Prozent und gegenüber dem (gewogenen) Durchschnitt von 23 wichtigen Handelspartnern der Bundesrepublik um 4,2 Prozent höher bewertet. Die Aufwertung bewirkte eine - freilich immer noch unbefriedigende - Abschwächung des Anstiegs der Einfuhrpreise; der Vorjahresabstand verringerte sich von 20 Prozent im August auf 17 Prozent im Oktober 1981.

Dieses positive Ergebnis kann aber nicht wegwischen, daß 1981 durch die Hochzinspolitik der Bundesbank im Zusammenwirken mit der staatlichen und kommunalen Haushaltspolitik die Inlandsnachfrage stark gedrosselt worden ist. Dies gilt in krasser Weise für den Wohnungsbau und andere zinsempfindliche Wirtschaftsbereiche.

### Abwertung führte zu kräftigem Exportaufschwung

Die Abwertung führte dagegen zu einem kräftigen Wirtschaftsaufschwung im Exportgeschäft. Er hielt auch nach der Wende in den Wechselkursverhältnissen im Herbst mit einer erneuten DM-Aufwertung an. Die im internationalen Vergleich niedrige Preissteigerungsrate, eine qualitativ interessante Angebotspalette und Zuverlässigkeit bei den Lieferungen wirken sich nunmehr wieder wie in der Vergangenheit exportsteigernd für die Bundesrepublik aus, zumal in letzter Zeit die Zinssätze in den USA und in anderen westlichen Hochzinsländern so weit sanken, daß sich die Zinsdifferenz etwas verringerte.

Im abgelaufenen Jahr 1981 dürfte die Ausfuhr um etwa 13 vH höher gewesen sein als 1980. Real beträgt der Zuwachs reichlich 6 vH. Auch für 1982 zeichnet sich ein gutes Exportgeschäft ab, wie sich aus der Statistik der Auftragseingänge ablesen läßt. So sind die Auftragseingänge aus dem Ausland *real* im 2. Vierteljahr 1981 um 6 vH und im 3. Vierteljahr sogar um 20 vH höher gewesen als ein Jahr zuvor. Schätzungen, die für 1982 eine Zunahme des Exports um nominal gut 12 vH und real etwa 7 vH erwarten, sind zwar optimistisch, aber sicherlich noch als realistisch zu bezeichnen.

### Ausfuhrüberschuß war 1981 erheblich höher als 1980

Da sich die Einfuhr 1981 weniger ausgeweitet hat als die Ausfuhr und preisbereinigt sogar zurückging, konnte im abgelaufenen Jahr wieder ein beachtlicher Außenhandelsüberschuß erzielt werden. Die Einfuhr nahm nominal um rund 8 vH zu; wegen der starken Preissteigerungen ergab sich daraus indessen ein *realer* Rückgang um 4 bis 5 vH. Nach Berechnungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformationen ergibt diese Entwicklung für 1981 einen Exportüberschuß von etwa 26 Mrd. DM. Das ist das 2,9fache des schlechten Ergebnisses von 1980. 1982 könnte sich der Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr durchaus auf etwa 40 Mrd. DM erhöhen.

Damit sind jedoch die Defizite, die sich erstmals 1979 in der Leistungsbilanz der Bundesrepublik ergaben und seitdem wiederholen, sowohl 1981 als auch 1982 noch nicht wieder ausgeglichen; zu groß sind die Defizite in der Dienstleistungs- und in der Übertragungsbilanz. Für 1981 rechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) mit einer Erhöhung des Minus in der Dienstleistungsbilanz um 5 auf 20 Mrd. DM — hier spielen die Auslandsurlaubsreisen der Bundesbürger eine wesentliche Rolle — und in der Übertragungsbilanz um 4 auf 28 Mrd. DM — die Überweisungen der ausländischen Arbeitnehmer an ihre Angehörigen im Heimatland und die Leistungen der Bundesregierung an die Europäische Gemeinschaft sind hier ausschlaggebende Posten."

Immerhin wäre das Defizit in der außenwirtschaftlichen Leistungsbilanz 1981 nach diesen Berechnungen um rund 8 Mrd. DM auf etwa 22 Mrd. DM zurückgegangen. 1981 brachte die Wende in der Leistungsbilanz. Aus dieser positiven heutigen Sicht kann für 1982 mit einem weiteren Absinken des Leistungsbilanzdefizits auf einen Betrag gerechnet werden, der eher bei 10 als bei 15 Mrd. DM liegen wird.

### Starker Rückgang der Binnennachfrage

Kennzeichnend für die gegenwärtige Wirtschaftslage in der Bundesrepublik ist die auseinanderlaufende Entwicklung der Auslands- und der Binnennachfrage. Anders als im Exportgeschäft ist die Binnennachfrage sowohl bei den Investitionen als auch beim privaten Verbrauch in den Keller gerutscht. Insgesamt ging die Binnennachfrage 1981 gegenüber 1980 um real 1.5 bis 2 vH zurück.

Was die *Ausrüstungsinvestitionen* anbelangt, so sind die Aufträge in den letzten Monaten zwar niedriger als vor Jahresfrist, aber der Rückgang war bisher schwächer als es sonst in vergleichbaren Konjunkturphasen üblich war. Offenbar überspielt bei den Investitionsentscheidungen der Zwang zu Anpassungen an den Struk-

turwandel die derzeitigen konjunkturellen Absatzrückgänge. Immerhin sind die Ausrüstungsinvestitionen 1981 real um 2 bis 3 vH niedriger gewesen als 1980. Für 1982 rechneten die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten 1981 mit einem Ende der Talfahrt der Ausrüstungsinvestitionen im Jahresverlauf. Nach einem weiteren Rückgang um real 4,5 vH in der ersten Jahreshälfte, erwarten sie für das 2. Halbjahr einen leichten Anstieg. Auf das ganze Jahr 1982 bezogen, ergibt sich daraus jedoch noch ein Minus gegenüber 1981 von real rund 2 vH.

Die negativen Auswirkungen, die die hohen Zinsen, die Sparpolitik bei den öffentlichen Haushalten und die gedrückten Einkommenserwartungen bei den privaten Haushalten und Unternehmen auf die *Bautätigkeit* haben, werden sich in den nächsten Monaten noch verstärken. Die Wirtschaftsforschungsinstitute haben in ihrem Gemeinschaftsgutachten vorausgeschätzt, daß die Bauinvestitionen im 1. Halbjahr 1982 um real 6.5 vH niedriger sein werden als ein Jahr zuvor. Erst in der zweiten Jahreshälfte wird sich der Rückgang der Bautätigkeit abschwächen; es kann aber „allenfalls mit einer Stabilisierung auf einem niedrigen Niveau gerechnet werden“. Im Jahresdurchschnitt werden die Bauinvestitionen 1982 gegenüber 1981 real (Preissteigerungen ausgeschaltet) um rund 5 vH absinken; 1981 betrug der Rückgang 4.5 vH.

Wegen der ungünstigen Absatzerwartungen und der hohen Zinsen haben die Unternehmen ihre *Vorratshaltung* stark eingeschränkt. „Gegenwärtig dürften die Vorräte dem technisch erforderlichen Minimum nahekommen; es in manchen Fällen sogar unterschreiten.“<sup>3</sup> Deshalb ist selbst bei schwacher Produktion mit einem allmählichen Wiederaufbau der Vorratslager im Laufe des neuen Jahres zu rechnen, zumal durch die Zinssenkung die Lagerkosten zurückgehen.

### Der private Verbrauch schrumpfte

Der private Verbrauch, in früheren Schwächeperioden konjunktur- und wachstumsstützend, schrumpfte während des ganzen Jahres 1981, vor allem aber in der zweiten Jahreshälfte. In den vier Monaten Juli bis Oktober 1981 lagen die Einzelhandelsumsätze - die etwa die Hälfte der privaten Verbrauchsausgaben ausmachen — real um nicht weniger als um 3,5 vH unter dem Vorjahresergebnis. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Annahme der Wirtschaftsforschungsinstitute, die privaten Verbrauchsausgaben würden im 2. Halbjahr 1981 um 2 vH und im ganzen Jahr 1981 um 1,5 vH niedriger sein als vor Jahresfrist, noch etwas zu optimistisch ist. Auch für 1982 wird zunächst noch ein weiterer realer Rückgang des privaten Verbrauchs und erst für die zweite Jahreshälfte eine erneute Zunahme erwartet. Im Jahresdurchschnitt wird mit einer realen Zuwachsrate von 0,5 vH gerechnet; der Sachverständi-

---

<sup>3</sup> Zitiert aus dem Gemeinschaftsgutachten nach Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 29. 10. 1981. S. 500.

genrat schätzt dagegen die Stärke der Abwärtsentwicklung so ein, daß auch im Jahresvergleich 1982 zu 1981 noch eine geringe Minusrate herauskommt (— 0,5 vH).

Die Entwicklung des privaten Verbrauchs hängt natürlich wesentlich von der Entwicklung der Nettolöhne und -gehälter ab — immerhin werden die privaten Verbrauchsausgaben zu mehr als der Hälfte durch die Nettolöhne und -gehälter finanziert. Die nominale Nettolohn- und -gehaltssumme war 1981 nur noch um rund 3,5 vH höher als 1980, wobei die Zuwachsrate von 4,3 vH in der ersten Jahreshälfte auf 3 vH im 2. Halbjahr abnahm. Da die Zahl der Arbeitnehmer im abgelaufenen Jahr um knapp 1 vH niedriger war als 1980, ergibt der nominale Zuwachs der Nettolohn- und -gehaltssumme von 3,5 vH eine Zunahme des *Pro-Kopf-Arbeitseinkommens je Arbeitnehmer (netto)* um rund 4,5 vH.

Die Reallöhne sanken 1981 um rund 1,5 vH

Gleichzeitig verteuerte sich die Lebenshaltung 1981 gegenüber 1980 um knapp 6 vH. Das bedeutet, daß die (reale) Kaufkraft der Löhne und Gehälter 1981 um etwa 1,5 vH abgesunken ist. Dabei stieg der Reallohnverlust im Jahresverlauf von fast 1 vH im 1. Halbjahr auf reichlich 2 vH in der zweiten Jahreshälfte an. Kein Wunder also, daß der private Verbrauch als Konjunkturstütze ausfällt.

Insgesamt hat die gute Ausfuhrentwicklung die Drosselung der Investitionstätigkeit und die Schrumpfung des privaten Verbrauchs nicht ausgleichen können. Das reale Bruttosozialprodukt war 1981 um annähernd 0,5 vH niedriger als 1980. Berücksichtigt man den Preisanstieg, dann ergibt sich eine nominale Zuwachsrate von 3,8 vH. Der nominale Wert der 1981 von unserer Volkswirtschaft erbrachten Leistung belief sich auf 1549 Mrd. DM.

Auslastung der Produktionskapazität sinkt

Während das Sozialprodukt 1981 um etwa 0,5 vH schrumpfte, weiteten sich die Produktionsanlagen gleichzeitig infolge von Investitionen der Vorjahre noch etwas aus. Wie der Sachverständigenrat schätzt, ist das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential im abgelaufenen Jahr um rund 2 vH gewachsen. Die beiden gegenläufigen Bewegungen - sinkendes Sozialprodukt und wachsende Produktionskapazität - führten zu einer sinkenden Auslastung der Produktionskapazitäten. Der Sachverständigenrat schätzt, daß sie 1981 in der gesamten Wirtschaft mit etwa 94,5 vH um rund 2,5 vH niedriger war als 1980. Im verarbeitenden Gewerbe (mit dem Schwerpunkt Industrie) ging nach Umfragen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung der Auslastungsgrad von Anfang 1980 bis zum September 1981 um 7,5 Prozentpunkte auf 78,3 vH zurück (diese Zahlen sind nicht direkt mit denen des Sachverständigenrats vergleichbar). Nach der ersten Ölpreisexplosion war der Aus-



lastungsgrad allerdings noch stärker — bis auf 75 vH — abgesunken. Eine Folge der niedrigeren Nutzung der Produktionskapazität sind übrigens höhere Stückkosten, auch höhere Lohnstückkosten, mit der Tendenz steigender Preise.

Als Ergebnis investiver und organisatorischer Rationalisierungsmaßnahmen wächst trotz Rückgangs der Produktion aber auch die Produktivität. Für 1981 wird die höhere gesamtwirtschaftliche Leistung je Beschäftigtenstunde (und das ist steigende Produktivität) auf 2 vH und für 1982 auf 2,5 vH geschätzt.

Wachsende Produktivität bei sinkender Produktion führt indessen zur Vernichtung von Arbeitsplätzen, bedeutet steigende Arbeitslosigkeit. Der sinkenden Zahl von Arbeitsplätzen steht zudem eine größer werdende Zahl von Arbeitssuchenden gegenüber, daß die Schulabgängerjahrgänge im vergangenen und im neuen Jahr - wie überhaupt in diesen Jahren - überdurchschnittlich zahlreich sind. Damit die Zahl der Arbeitslosen nicht mehr steigt, sondern sinkt, bedarf es wegen der wachsenden Produktivität schon eines Sozialproduktwachstums von mindestens 3 vH.

### Starker Anstieg der Arbeitslosigkeit

Davon sind wir weit entfernt. Infolgedessen steigt die Arbeitslosigkeit in einem Maße, das für unser demokratisches Gesellschaftssystem gefährlich werden kann. Ende Dezember 1981 waren gut 1,7 Millionen Arbeitslose bei den Arbeitsämtern gemeldet. Das waren 585600 oder 52 vH mehr als ein Jahr zuvor. Die Arbeitslosenquote betrug 7,3 vH. Solche Quote gab es zuletzt vor bald 30 Jahren, im November 1954 und 1953. Ein weiteres Ansteigen bis auf nahezu zwei Millionen Arbeitslose Ende Februar 1982 ist durchaus möglich — der Februar ist jeweils der Monat mit der jahreszeitlich höchsten Arbeitslosenzahl. Der Jahresdurchschnitt 1981 dürfte bei fast 1,3 Millionen Arbeitslosen liegen ; das sind gut 380 000 mehr als im Durchschnitt 1980. Für 1982 nehmen alle Konjunkturbeobachter ein erneutes beträchtliches Ansteigen der Arbeitslosigkeit an. Die Schätzungen liegen zwischen 1,55 und 1,75 Millionen im Jahresdurchschnitt.

Dies ist eine große Herausforderung für alle wirtschaftspolitisch Verantwortlichen. Doch die herrschende Meinung ist leider die, daß man zur Zeit wenig gegen die Arbeitslosigkeit tun könnte. Es handele sich vielmehr um ein nur mittel- bis langfristig zu lösendes Problem. Mit zusätzlichen öffentlichen Beschäftigungsprogrammen könnte nichts erreicht werden; sie würden lediglich die ohnehin schon weit überhöhte Verschuldung des Staates mit hohen Ausgaben für Verzinsung und Tilgung steigern. Nur durch eine Verbesserung der Ertragssituation der Unternehmer würde sich die Lage bessern. Dann würde mehr investiert und damit würden — sozusagen automatisch — neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

## Für Investitionsentscheidungen sind Absatzchancen und technischer Fortschritt ausschlaggebend

Bei dieser Argumentation werden indessen einige wichtige Sachverhalte übersehen. So ist es zweifelhaft, ob eine Verbesserung der Gewinnsituation, sei es durch steuerliche Maßnahmen oder durch Lohnverzicht, die Unternehmer zu mehr Investitionen in Produktionsanlagen bewegen, solange der Kauf von hochverzinslichen Wertpapieren rentabler ist. Die Hochzinspolitik ist ein bedeutendes Investitionshemmnis. Dies um so mehr, als andererseits die Absatzchancen sehr ungünstig sind. Die Gewinne können noch so hoch, die Abschreibungsvergünstigungen können noch so günstig sein, letztlich entscheiden die Absatzchancen auf den Märkten oder die Notwendigkeit, sich dem technischen Fortschritt anzupassen, über die Investitionen.

Was die Absatzchancen anbelangt, so würde eine gewerkschaftliche Lohnpolitik, die zur Zeit nicht wenigstens an der Reallohnsicherung orientiert ist, zugleich auch dahingehend wirken, daß die Investitionstätigkeit und die Beschäftigung noch mehr zurückgeht. Die Rezepte, die auf eine Reallohnsenkung im Jahre 1982 von 3 oder 4 vH hinauslaufen — ein Lohnstop würde sogar noch darüber hinaus gehen —, sind Kurpfuscherei. Sie würden das Krebsgeschwür der Arbeitslosigkeit vergrößern.

## Investitionen, die Arbeitsplätze vernichten

Daß die Anpassung an den technischen Fortschritt zur Zeit das wichtigste Investitionsmotiv ist, kann nicht verwundern. Nur schaffen solche (Rationalisierungs-) Investitionen per Saldo keine neuen Arbeitsplätze, zumal wenn es sich um die Einführung von Miniprozessoren oder Industrierobotern handelt. Die hierdurch entstehende Arbeitsplatzvernichtung wird durch Investitionsförderung noch verstärkt. Die oft propagierte Gleichung: „Bessere Gewinne - höhere Investitionen - mehr Arbeitsplätze“ stimmt bei diesen Investitionen zur Einführung neuer Technologien nicht. Ihnen gegenüber ist die Arbeitszeitverkürzung das wirksamste Mittel zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit.

So hat die Arbeitslosigkeit heute mehrere Ursachen, die auf verschiedene Weise zu bekämpfen sind. Anders als etwa in der Rezession am Ende der sechziger Jahre ist der konjunkturbedingte Ausfall an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage nur eine Ursache der Arbeitslosigkeit. Aber dieser Teil der Arbeitslosigkeit wird immer größer. Zur Zeit dürfte etwa die Hälfte der Arbeitslosenzahl darauf zurückzuführen sein. Mit einer steuerlichen Investitionsförderung wird in diesem Fall nichts erreicht. Hier helfen nur gezielte, auf Beseitigung der Nachfragelücke gerichtete staatliche Beschäftigungsprogramme, wie sie im Wachstums- und Stabilitätsgesetz von 1967 vorgesehen sind.

## Finanzpolitik schafft Arbeitslosigkeit

Im krassen Gegensatz zu den beschäftigungspolitischen Erfordernissen steht allerdings die gegenwärtige Finanzpolitik in Bund, Ländern und Gemeinden. Die politisch Verantwortlichen überbieten sich mit Sparmaßnahmen und -vorschlägen, und sie finden hiermit den Beifall einer weitgehend uninformierten oder falsch informierten Öffentlichkeit. Denn es wird geflissentlich übersehen, daß die beabsichtigten starken Einsparungen bei vielen Haushaltspositionen und Stellenplänen Arbeitsplätze vernichten und die Arbeitslosigkeit vergrößern. Auch wenn einzuräumen ist, daß die Schuldenquote und Zins- und Tilgungsausgaben der öffentlichen Haushalte nicht ständig, wie bisher, steigen können, so muß doch kritisiert werden, daß ein Sparkurs "allein in einer konjunkturellen Überhitzungsphase angezeigt (wäre), keinesfalls aber auf der konjunkturellen Talsohle."<sup>4</sup> Dies wäre auch in früheren Jahren, selbst bei der Opposition, völlig unumstritten gewesen, und beschäftigungspolitische Aktivitäten entsprächen dem Wachstums- und Stabilitätsgesetz. Eigenartigerweise ist unter den Politikern ein völliger Meinungswandel in einer Zeit eingetreten, in der die Beschäftigungskrise eine die Demokratie bedrohende Sprengkraft erreicht.

## Beschäftigungspolitische Maßnahmen sind vonnöten

Jedenfalls ist dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) zuzustimmen, wenn es (in seinem Wochenbericht vom 19.11.1981) meint: „Gesamtwirtschaftlich vonnöten wäre das Gegenteil der gegenwärtigen Sparmaßnahmen, nämlich eine längerfristig konzipierte Wachstumsoffensive des Staates, und dies auch mittels einer mächtigen Aufstockung der öffentlichen Investitionen“. Bei einem solchen Kurs wären nach Ansicht des Instituts 1982 Mehrausgaben in Höhe von 15 Milliarden DM vor allem zur Aufstockung der Investitionen erforderlich. Das dadurch entstehende Finanzierungsdefizit wäre jedoch 1982 nur halb so groß. Denn ungefähr die Hälfte dieses 15-Milliarden-DM-Betrages würde der Staat entweder an Ausgaben sparen (100 000 Arbeitslose weniger bedeuten rund 2 Milliarden DM weniger Sozialausgaben) oder an zusätzlichen Einnahmen erhalten (das DIW rechnet bei einem solchen Investitionsstoß mit einem Wachstumsgewinn von gut einem Prozent, das ist immerhin ein um 16 bis 17 Milliarden höheres Sozialprodukt).

Diese Auffassungen des DIW decken sich völlig mit denen des DGB. Er hat bereits im März 1981 ein Beschäftigungsprogramm vorgelegt. Es sieht zusätzliche Investitionsausgaben von jährlich 10 Milliarden DM (insgesamt 50 Milliarden DM bis 1985) zur Sicherung der Beschäftigung durch qualitatives Wachstum vor. Die Investitionen sollen vorwiegend der Energieeinsparung und rationellen Energiever-

---

<sup>4</sup> Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 17. 9. 1981.

GÜNTER PEHL

wendung (wie z.B. der Abwärmenutzung und dem Ausbau von Fernwärmesystemen), dem Wohnungs- und Städtebau (z.B. sozialer Mietwohnungsbau in Ballungsgebieten und sozial gezielte Wohnungsmodernisierung), dem Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, dem Umweltschutz sowie der Forschungs- und Technologieförderung dienen.